

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Abgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,50 Mk. Einzelnummern 10 Pf. (Postzuschlag 2 Pf.). Abonnementpreise für den Ausland: 12 Mk. im Monat, 36 Mk. im Vierteljahr, 120 Mk. im Jahr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Thorandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 56. — 85. Jahrgang. Telagr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, 6. März 1926

## Zuviel des Guten!

Unsere Wirtschaft ist überseht, sagt Dr. Luther, der Reichsminister, in Hamburg wie in Berlin, vor dem Reichstag und vor der Presse, immer und überall wo er es für richtig hält, das Ohr der Öffentlichkeit für seinen Rettungsgedanken in Anspruch zu nehmen. Unsere Wirtschaft ist überorganisiert, sagt Herr Dr. Reinhold, der neue Reichsminister, und sagt ebenso, wenn auch vielleicht mit etwas anderen Worten, Herr Dr. Curtius, der neue Reichswirtschaftsminister. In diesem Punkt sind sie sich alle, alle einig, wie auch die Vorgänger schon seit davon überzeugt waren, daß der Schlimmste unserer Wirtschaftsverwaltung alles andere als ein moderner, zweckmäßiger und den Erfordernissen des ungeheuren Konkurrenzkampfes der Nationen angepaßter Eindruck mache. Besser ist es darum leider noch nicht geworden, so sehr auch die erfahrensten Männer der Praxis, die uns im Reich, in Ländern und Gemeinden zur Verfügung stehen, seit Jahr und Tag immer und immer wieder in dasselbe Horn gestoßen haben.

Benötigt deutlich scheint den verantwortlichen Herren die Tatsache zum Bewußtsein zu kommen, daß mindestens ebenso stark wie unsere Wirtschaft überseht ist mit Stellen und Personen, die von ihr leben wollen, statt ihr zu dienen, unsere Öffentlichkeit überfremdet ist mit Reden, die seit von allen Seiten erbarmungslos auf sie herniederprasseln. Allenfalls mag Herr Müller die Rede seiner Kollegen Schulze und Meier für entschuldigend halten, seine eigenen Worte möchte er um keinen Preis der Aufmerksamkeit lauschenden Mitwelt vorenthalten, aus Furcht, andernfalls hinter den Erfordernissen seines Amtes in ganz unstatthafter Weise zurückzubleiben. Wenn es irgend geht, sagt er sogar noch für unmittelbare Radioverbreitung seiner Spruchweisheiten, zum Heile der vielen Millionen von Zuhörern dieser neuesten technischen Großtat, die sich alljährlich um die phänomenale Erfindung ehrfürchtig versammeln.

Nun, vielleicht vermittelt uns dieser geheimnisvolle kleine Apparat demnächst auch einmal einen gehaltvollen Vortrag über die uralte Wahrheit, daß zuviel des Guten nichts weniger als wohlgeht. Wenn man in einer Woche außer wiederholten Ansprachen der obersten Spitzen im Staat eine Fülle von Reichstags-, Landtags- und sonstigen Reden vieler Reichs- und Staatsminister entgegennehmen muß — von den dazugehörigen Vorträgen der aller verschiedensten Parteivertreter ganz zu schweigen — wenn daneben noch Herr Briand in Paris und Herr Chamberlain in London ihre Stimme erheben — abermals zu schweigen von den epochenmachenden Offenbarungen der Herren Vandervelde in Brüssel und Strzymski in Warschau — so könnte wahrhaftig unter dem Volk fast der Glaube aufkommen, daß die Weltgeschichte unserer Tage ausschließlich mit Reden gemacht werde, im Gegensatz zu der Auffassung, daß harte Arbeit der gewaltige Motor ist, der uns vorwärtsbringt. Vielleicht wirkt hier noch immer der Rückblick nach, der nach den heldenhafte Anstrengungen der Kriegsjahre einsetzte, einsehen mußte und sich in schier unerträglichem Redeflutten Bahn brach. Aber es ist nicht zu leugnen: Etwas mehr Stille im Betrieb der europäischen Angelegenheiten würde von den Objekten moderner Regierungskünste sehr wohlklingend empfunden werden.

Auch unsere Strafgerichte verfahren mit der Ausstellung des Urteils, der von ihren Schranken gewöhnlich ausgeht, nichts weniger als sorg und zurückhaltend. Dabei wird auch immer für Abwechslung und für Überraschungen gesorgt. Bald wird unsere Aufmerksamkeit für wirkliche oder angebliche Fremde in Anspruch genommen, bald werden Hunderte von gegenwärtigen und ehemaligen Schülern vor den Jünglingsgerichten, um über Stoppregeln wie über Freundschaften ihres Lehrmeisters von heute oder von einst peinlich genaue Auskunft zu geben. Man ist nachgerade schon etwas abgestumpft gegenüber all diesen Sensationsgeschichten, die in unaufhörlicher Folge der Öffentlichkeit serviert werden — man horcht aber doch wieder angezogen auf, wenn plötzlich ein leidenschaftlicher preussischer Landgerichtsdirektor in den Mittelpunkt einer schänden Betrugsangelegenheit gerückt wird, die man sonst allenfalls mit Schiebern von Beruf oder mit moralisch oder wirtschaftlich angeschlagenen Existenzen in Verbindung zu bringen pflegt.

Dieser Landgerichtsdirektor Jürgens, der so unersetzlich den Richterlich mit dem Untersuchungsgefängnis vertauschen mußte, dessen er sich bis dahin zur Unterbringung der Opfer seiner eigenen Strafschutz bedienen konnte, ist ganz bestimmt nur als ein Ausnahmefall zu werten, der unterem im Grunde hochangesehenen Richterstand als solchem unter keinen Umständen zur Last gelegt werden kann. Aber wenn wir heute von zwei Berliner Stadtspektoren hören, die sich nach Veruntreuung bedeutender, durch Beförderung erlangter Gelder heimlich aus dem Staube gemacht haben, unmittelbar darauf von betrüblichen Wohnungsbeamten, die hinter Schloß und

## Reich und Fürstenabfindung.

### Der Reichsminister zum Fürstenkompromiß.

Beziehungen mit den Regierungsparteien. Reichsminister Dr. Luther hatte die Vertreter der Regierungsparteien empfangen, um mit ihnen über das Kompromißgesetz zur Fürstenabfindung zu beraten. Den Besprechungen wohnten außerdem Reichsinnenminister Dr. Pütz und Reichsjustizminister Dr. Marx bei. Die Debatte drehte sich besonders um die Befreiung des Kollegiums des Sondergerichts, wozu ein Antrag des Zentrums vorliegt, den Reichstag mit vier Juristen und vier Laienrichtern zu besetzen. Den Vorsitz sollte der Reichsgerichtspräsident übernehmen. Außerdem spielte die Frage der rückwirkenden Kraft des Gesetzes eine große Rolle bei der Besprechung.

Der Wunsch des Reichsministers ging in erster Reihe dahin, zu vermeiden, daß eine der Koalitionsparteien — gemeint ist die Deutschdemokratische Partei — sich dem Antrag des Volksbegehrens anschließen. Den Weg dazu sah der Reichsminister in einer Verschleierung der Kompromißverhandlungen über den Gesetzentwurf und in einer Verständigung über die hauptsächlich noch strittigen Bestimmungen des Entwurfs. Wie ein parlamentarischer Nachrichtenbureau zu melden weiß, haben die Besprechungen eine gänzliche Klärung gebracht. Der Rechtsauschuss des Reichstages, in dem bekanntlich der Entwurf des Kompromißgesetzes in erster Lesung durchberaten wurde, wird die Verhandlungen in der Frage der Fürstenabfindung am Dienstag wieder aufnehmen.

Inzwischen bemühen sich die einzelnen Parteien weiter, auf ihre Anhänger Einfluss in der Frage der Abfindung der Fürsten zu gewinnen. So hat die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes in einem Aufruf an ihre Anhänger davor gewarnt, sich an dem Volksbegehren zu beteiligen, während der Reichsausschuss für die Fürstenabfindung in einem längeren Aufruf für die Eintragung in die Listen wirbt. Wie bekannt wird, haben in Groß-Berlin an dem ersten Tage des Volksbegehrens etwa 36 000 Personen die Erklärung für das Volksbegehren abgegeben.

## Die Abreise nach Genf.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

Berlin, 6. März. Die Abreise der deutschen Delegation nach Genf hat gestern Abend 10 Uhr 5 Minuten auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin stattgefunden. Für die Delegation, die aus 14 Herren besteht, war ein Salonwagen und ein Schlafwagen an der Spitze des Fahrplanmäßigen Zuges arrangiert. Der vordere Teil des Salonwagens war durch Schupo abgesperrt. Zur Verabschiedung waren die Mitglieder des Reichskabinetts Dr. Kütz, Dr. Brauns, Dr. Curtius und Dr. Reinhold erschienen. Der Reichsminister kam in letzter Minute aus den Besprechungen mit den Parteiführern. Die Stimmung bei der Abfahrt war durchaus gut und zuversichtlich. Die Sonderwagen der Delegation werden in Frankfurt a. M. an den Fahrplanmäßigen Zug nach Basel angehängt.

Nie geliebt werden, weil sie unter Mißbrauch ihres Amtes von der ihnen anvertrauten öffentlichen Gewalt nach Gunst und Laune Gebrauch gemacht haben — Beispiele, die jeden Tag durch neue Hiebposten vermehrt werden —, so muß uns schließlich doch einigermaßen bangen werden um die sittliche Einwärtsfreiheit an manchen Stellen des Beamtenstandes, für die wir alle stets ohne Vorwissen glauben unsere Hand ins Feuer legen zu dürfen. Herr Jürgens ist noch keines Verbrechens überführt, sondern nur beschuldigt, aber seine eigenen Kollegen haben ihn in Haft genommen, was gewiß nicht geschehen wäre, wenn nicht schon schwere Verdachtsmomente gegen ihn vorlägen. Dabei braucht man sich durch die abenteuerlichen Geschichten, die über sein Vorleben wie über seine Wirksamkeit als Untersuchungsrichter rasch in Umlauf gekommen sind, noch gar nicht einmal ins Bodshorn jagen zu lassen. Legen den schieben heututage nur zu leicht ins Kraut, als daß sie ohne weiteres für bare Münze genommen werden dürften. Aber beschämend und betäubend bleibt dieser neueste Skandal auf alle Fälle, wie er auch schließlich ausgehen möge. Dr. Zu

## Chamberlains Unterhausrede.

Schlechte Ausnahme in England. Der gänzlich Eindruck, den Chamberlains Rede im Unterhaus zunächst durch die Hervorhebung seines Standpunktes machte, daß in Genf nichts geschähen dürfte, um Deutschland den Eintritt in den Völkerbund im letzten Augenblick mundtlich zu machen, wurde stark abgemildert

## Die Hoffnung Stresemanns.

### Eine Unterredung mit Reichsaussenminister Dr. Stresemann vor der Abreise.

Berlin, 5. März. Dr. Stresemann führte vor seiner Abreise nach Genf in einer kurzen Unterredung u. a. aus: Deutschlands Stellung zu den schwierigen Völkerbundsfragen ist von Anfang an klar und folgerichtig gewesen. Die Schwierigkeiten, die im letzten Augenblick auftraten und das ganze Werk von Locarno zu gefährden drohten, sind darauf zurückzuführen, daß für die Lösung dieser Probleme zunächst nicht die in Locarno mit solichem Erfolg erprobte Methode offener und vertrauensvoller Aussprache unter allen Beteiligten angewandt wurde, sondern daß man versuchte, sich über Deutschlands Kopf hinweg zu verständigen. Deutschlands Stellung zu der Frage der Neugestaltung des Völkerbundes ist in der Hamburger Rede des Reichsaussenministers klar zum Ausdruck gebracht worden.

Ich hoffe, daß die für Sonntag vorgesehene Besprechung mit den Führern der am Vertrag von Locarno hauptsächlich beteiligten Mächte die glückliche Atmosphäre von Locarno wiederherstellen wird.

Der Wiederaufbau Europas kann nur gelingen, wenn endlich der Geist des Misstrauens und der Furcht von internationalen Beziehungen verschwindet und dem entschlossenen Willen zur Zusammenarbeit Platz macht. Diesem Ziele soll in erster Linie der Völkerbund dienen, dessen Verhandlungen der führenden Staatsmännern der Mitgliebsstaaten Gelegenheit zu einer persönlichen Aussprache über die Bedürfnisse der Völker geben.

Es wäre verfehlt, vom Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine grundlegende Aenderung der deutschen außenpolitischen Situation zu erwarten. Wohl aber bedeutet er einen guten Schritt vorwärts auf dem Wege aus dem Abgrund, in den uns der Krieg gestürzt hat, zu dem Ufer, der Deutschland unter den Völkern gebührt.

## Osterreichisch-tschechoslawischer Schiedsvertrag.

Das goldene Ehrenzeichen für Beneš.

Zwischen Osterreich und der Tschechoslowakei ist ein Schiedsvertrag unterzeichnet worden. Derselbe Unterzeichnungssatz schloß sich eine längere Aussprache zwischen dem Außenminister Dr. Beneš und dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Ramek an, in der über die handelspolitischen Beziehungen der beiden Staaten gesprochen wurde. Die Unterredung ergab volles Einverständnis über ein lokales Zusammenarbeiten beider Länder in verständnisvoller Rücksichtnahme auf die gegenseitigen Bedürfnisse.

Bei den Veranstaltungen, die zu Ehren des in Wien weilenden tschechoslawischen Außenministers gegeben wurden, wurde in gegenseitigen Denksprüchen die aufrichtige und herzliche Zusammenarbeit beider Staaten gefeiert. Dem tschechoslawischen Außenminister wurde durch den Bundespräsidenten Hainisch das goldene Ehrenzeichen der Republik verliehen. Minister Dr. Beneš hat dagegen dem Bundeskanzler Dr. Ramek die Insignien des ihm vom Präsidenten der tschechoslawischen Republik, Masaryk, verliehenen Großkreuzes des Ordens vom Weißen Löwen überbracht.

durch seine weitere Erklärung, daß die englische Regierung nicht bereit sei, von vornherein zu sagen, daß auch einer anderen Macht unter irgendwelchen Umständen ein künftiger Ratifizierung eingegeben werden könnte. Auch die Mitteilung des Ministerpräsidenten Baldwin, daß England Spanien einen künftigen Ratifizierung in Aussicht gestellt habe, verschlechterte die Stellung der englischen Regierung. Fast das ganze Parlament, einschließlich der Regierungsparteien, erfuhr Chamberlain, eine klarere Stellungnahme der Regierung im Unterhaus zu präzisieren, ohne daß es den Rednern der einzelnen Parteien gelang, Chamberlain aus seiner Reserve herauszubringen.

So hat auch der englische Außenminister in London keine gute Presse über seine Unterhausrede gefunden. Die Blätter, namentlich der Opposition, betonten, daß Chamberlain um die Sache herumgeredet habe, und heben hervor, daß die englische Regierung ihrer Vertretung für die Völkerbundfrage scheinbar kein fest vorgeschriebenes Programm nach Genf mitgegeben habe. Jedenfalls habe die Debatte im Unterhaus die allgemein herrschende Unruhe nicht beseitigt.

## Weitere Kandidaten.

Die chinesische Delegation hat, wie aus Genf gemeldet wird, im Namen ihrer Regierung offiziell den Antrag auf Zuerkennung eines künftigen Ratifizierung an die Republik China dem Sekretariat des Völkerbundes überreicht. Ebenso will Brasilien auf der kommenden Tagung des Völkerbundes mit allen Mitteln die Zustimmung zu einem künftigen Ratifizierung herbeizuführen suchen.